

Indochina im Berichtszeitraum (August, September 1981)

Oskar Weggel

Gliederung:

A. Vietnam

1. Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen: Erneut gescheiterte Verhandlungen, Grenzspannungen, Streit um "Ho Chi Minhs Testament", gegenseitige Gefangenentlassungen
 - a) Auch weiterhin keine Verhandlungen
 - b) Fälschung des Testaments von Ho Chi Minh?
 - c) Beiderseitige Entlassungen von Kriegsgefangenen
2. Beziehungen zum Ostblock: Le Duan in Moskau
3. Politik gegenüber dem Westen
 - a) Bitterkeit gegenüber den USA
 - b) Bonner Delegationen in Vietnam
 - c) Weiterhin gespannte Beziehungen zu Thailand
4. Innenpolitik
 - a) 36. Nationalfeiertag
 - b) Parteiarbeit: Wettbewerbskampagne, 6. Phase der Ausgabe von KP-Mitgliedskarten, Vorbereitung auf den V. Parteikongreß
 - c) Konsolidierung der Staatsorgane
 - d) Massenorganisationen: Anstieg der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, hohe Mitgliederzahlen bei der KJL
 - e) Disziplinarmaßnahmen, Amnestien
 - f) Sicherheitslage: Ist neben der FULRO eine neue Anti-Hanoi-Widerstandsgruppe (die "DEGA") entstanden?
5. Wirtschaftsplanung
 - a) Stimmungslage: Erlahmung des Arbeitseifers
 - b) Verbesserungsmaßnahmen: Das Arbeitsquoten- (Kontrakt-)system als "Ei des Columbus"
 - c) Stufen des landwirtschaftlichen Kollektivierungsprozesses
 - d) "Verzonungsarbeit" und Neue ökonomische Zonen
 - e) Probleme mit der Außenwirtschaft

B. Kambodscha

- I. Das DK
 1. Das Dreiertreffen in Singapur: Das DK einigt sich mit Sihanouk und Son Sann auf ein Vier-Punkte-Abkommen. Formiert sich der gemeinsame Widerstand gegen Vietnam?
 2. Zur Kriegslage: Die USA legen Beweisdokumente über chemische Kriegsführung in Indochina vor
 3. Innenpolitik
 4. Die DK-Regierung atmet auf: Der UNO-Sitz bleibt erhalten
- II. Die VRK
 1. Außenpolitik
 - a) Indien
 - b) DDR
 - c) Thailand
 2. Innenpolitik: Die Rolle der Vietnamesen nach Gründung der neuen VRK-Staatsorgane

A. Vietnam

1. Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen: Erneut gescheiterte Verhandlungen, Grenzspannungen, Streit um "Ho Chi Minhs Testament", gegenseitige Gefangenentlassungen
 - a) Auch weiterhin keine Verhandlungen

Am 1. September forderte das Außenministerium Hanoi die chinesische Seite erneut zur Aufnahme der dritten Gesprächsrunde auf, und zwar für September 1981. Notfalls könnten auch Gespräche Anfang des vierten Quartals beginnen. Parteichef Le Duan gab während seines Aufenthaltes in Moskau ähnliche Erklärungen ab, obwohl sich zur Zeit die Situation "weiterhin in ungünstige Richtung" entwickelte. Breschnew und Le Duan forderten gleichzeitig namentlich Indien, Indonesien und Malaysia auf, "Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit" mit Vietnam und der Sowjetunion aufzunehmen. Auch Japan müsse sich an solchen "konstruktiven Bemühungen für die Sache des Friedens in Asien" beteiligen.

Das chinesische Außenministerium erwiderte am 7. September, daß es angesichts der feindlichen Anti-China-Politik und der Aggression Vietnams keine Basis für Gespräche gebe (vietnamesische Note, 31.8.81, SWB, 2.9.81). Seit Mai 1981 hätten vietnamesische Truppen insgesamt "900 Provokationen und Grenzüberschreitungen entlang der gemeinsamen Grenze begangen". Darüber hinaus hätten mehrmals Truppen in Bataillons- oder gar Regimentsstärke unter dem Schutz von Panzern und Artilleriefuer auf chinesisches Territorium übergegriffen. Auch habe Vietnam im Anschluß an die internationale Kambodscha-Konferenz seine "konspirativen Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verstärkt" (XNA, 8.9.81).

Wie gehabt gingen auch die Vorwürfe gegenseitiger Grenzverletzungen weiter. In einem Rundschreiben der vietnamesischen Botschaft in Bonn werden Einzelheiten solcher Übergriffe zwischen dem 11. und 25. August dargelegt (Press Release, N 36/81). In den letzten Wochen habe China seine "feindlichen Aktivitäten" noch gesteigert (Radio Hanoi in SWB, 25.8.81). China betreibe eine Politik des "Landabnagens" (Radio Hanoi in SWB, 27. und 28.8.81). China meldet seinerseits ebenfalls blutige Kämpfe, die sich entwickelt hätten, nachdem vietnamesische Truppen im Bereich des Fakashan-Gebiets auf chinesisches Territorium vorgedrungen seien (XNA, 17.8.81). Thailandischen Presseberichten zufolge haben diese Auseinandersetzungen Vietnam gezwungen, seine Truppen in Kambodscha zu verringern, und zwar von 200.000 Mann auf inzwischen möglicherweise nur noch 160.000. Auch im Küstenbereich kommt es zu Zusammenstößen. Aus diesem Grund unterzieht Hanoi seine Küstermarine einer intensivierten Ausbil-

Fortsetzung von Seite 602

1980 bzw. formell bis März 1981: Liang Lingguang)

- Minister für Eisenbahnwesen: Liu Jianzhang (bisher: Guo Weicheng)
- Vorsitzender der Kommission für Körperkultur und Sport: Li Menghua (bisher: Wang Meng)

Zu den personellen Veränderungen innerhalb der zentralen Justizorgane siehe W. Bartke, "Personal Data" im englischen Teil dieses Heftes.

dung (R.Hanoi in SWB, 31.8.81).

b) Fälschung des Testaments von Ho Chi Minh?

Hoang Van Hoan, ein 1976 entmachtetes Politbüro-Mitglied, der im Juli 1979 nach China kam, erklärte am 30. August 1981, daß das Vermächtnis des verstorbenen vietnamesischen Präsidenten Ho Chi Minh von Le Duan, dem jetzigen Generalsekretär der KPV, entstellt worden sei. Er, Hoan, habe gerade ein Exemplar der auf Anordnung Le Duans neu aufgelegten "Ausgewählten Werke Ho Chi Minhs" erhalten und habe entdeckt, daß mehr als 100 Artikel gestrichen und andere entstellt worden seien.

Diese Textklitterung erinnere ihn an ein anderes Ereignis, das 12 Jahre zurückliege. Als Ho Chi Minh damals, am 2. September 1969, im Sterben lag und die Politbüro-Mitglieder sich um sein Lager versammelt hatten, habe Le Duan ein letztes Gespräch mit dem Sterbenden verhindert. Kaum hatte Ho zu atmen aufgehört, habe Le Duan ein maschinengeschriebenes Dokument präsentiert, das vom Verstorbenen und von ihm, Le Duan, unterzeichnet war. Es handle sich hierbei um Hos Vermächtnis. Wenige Tage später wurde das Dokument dann veröffentlicht, jedoch nur im "Wortlaut", nicht im Faksimile. Der Grund sei klar: Le Duan habe das Dokument inzwischen entstellt. Ho Chi Minh habe zu seinen Lebzeiten nie eindeutig im "sino-sowjetischen Konflikt" Stellung zu nehmen gewünscht, obwohl er von Chruschtschow mehrere Male dazu eingeladen worden sei. In dem 1969 veröffentlichten "Testament" habe aber plötzlich der Satz gestanden, daß Ho "von der Uneinigkeit zwischen den Bruderparteien schmerzlich bedrückt" sei. Einen solchen Satz hätte Ho nach Meinung Hoang Van Hoans nie und nimmer niedergeschrieben. Offensichtlich handelt es sich hier um Formulierungen Le Duans, der damals schon die anti-chinesische Linie verfolgt habe (XNA, 1.9.81). Diese Verdächtigung wurde im vietnamesischen Programm von Radio Beijing ausgestrahlt. Ob richtig oder falsch - bei der vietnamesischen Bevölkerung, die unter Le Duans Pro-Moskau-Politik zu leiden hat (sie impliziert die Auseinandersetzung mit China, die Isolierung von jeder westlichen Entwicklungshilfeleistung und die Besetzung Kambodschas) rührt eine solche Botschaft wahrscheinlich weitere Zweifel an der Richtigkeit des derzeitigen Kurses auf.

c) Beiderseitige Entlassungen von Kriegsgefangenen

Am 29. August ließen die Chinesen 12 vietnamesische Militärs frei: Sie sollten noch vor dem vietnamesischen Nationalfeiertag am 2. September zu Hause bei ihren Familien sein. Die 12 Soldaten seien gefangengenommen worden, als sie "zwecks Verübung von Spionage und Sabotage" auf chinesisches Gebiet vorgedrungen seien (XNA, 1.9.81).

Die Vietnamesen blieben die Antwort nicht schuldig. Sie entließen ihrerseits 23 chinesische "Spione", die auf vietnamesischem Territorium gefangengenommen worden seien, als sie Spionage und "psychologische Kriegsführung" betrieben hätten. Die Gefangenen hätten ihre Untaten auch zugegeben (R.Hanoi in SWB, 1., 5. und 16.9.81).

2. Beziehungen zum Ostblock: Le Duan in Moskau

Vom 31.8. bis 10.9.1981 besuchte der Generalsekretär des ZK der KPV, Le Duan, die Sowjetunion. Bei den Gesprächen mit Parteichef Breschnew beschuldigten beide die USA und China einer gemeinsamen Expansionspolitik gegenüber Südostasien. Beide Länder legen Wert auf eine Kooperation mit Indien und erklären sich bereit, freundschaftliche Beziehungen mit Indonesien und Malaysia herzustellen. Auch Japan wurde eingeladen, an der Friedensförderung in Asien mitzuarbeiten

(TASS, engl., 7.9.81).

Die Sowjetunion versprach, den Vietnamesen den Rücken zu stärken, und zwar durch verstärkte Wirtschafts- und Militärhilfe. Laut Reuter soll die sowjetische Seite versprochen haben, den Vietnamesen in den nächsten fünf Jahren beim Aufbau von 40 Projekten Hilfe zu leisten und das Land auch bei der Öl- und Gasförderung vor der südvietnamesischen Küste zu unterstützen. Weiterhin wolle die Sowjetunion bei der Stärkung der vietnamesischen Verteidigungskapazität zur Stelle sein (die Vietnamesen werden es nötig haben: fast zur gleichen Stunde traf sich in Singapur der "kleine Gipfel" mit den Vertretern der drei wichtigsten anti-vietnamesischen Widerstandsgruppierungen; Näheres unten B.I.1). Le Duan erinnerte an den gemeinsamen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit vom 3. November 1978. Was das Verhältnis zu China anbelange, so sei Vietnam bereit, mit diesem Land auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz erträgliche Beziehungen zu entwickeln (Nhan Dan in SWB, 12.9.81). Die Entwicklungen in Kambodscha seien unumkehrbar.

Nicht bekannt wurde, ob Moskau seinen Beitrag für den dritten Fünfjahresplan Vietnams (1981-1985) bereits fixiert hat. Auf Moskau werden hier weitere Opfer zukommen. 1980 betrug die sowjetischen Exporte 455 Mio. Rubel, die Importe aus Vietnam dagegen nur 158 Mio. Wie soll das wirtschaftlich veramte Vietnam diese Schulden ausgleichen? Die Sowjetunion stellt solche Fragen vorerst offensichtlich nicht offen, sondern erbringt weitere Vorleistungen: Am 19. Juni 1981 wurde ein Abkommen über die Gründung eines gemeinsamen vietnamesisch-sowjetischen Unternehmens für die Öl- und Gas-Ausbeutung auf dem Kontinentalschelf in Südvietnam unterzeichnet; am 9. Juli 1981 kam es zur Unterzeichnung eines Protokolls über die Koordination der nationalen Wirtschaftspläne zwischen beiden Ländern für den Zeitraum 1981 bis 1985; am 24. Juli 1981 schlossen beide Staaten ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und am 30. Juli 1981 ein Handelsabkommen (VNA in SWB, 4.8.81). Die Sowjetunion werde darüber hinaus, wie VNA hervorhebt, fortfahren, in den nächsten Jahren nichtrückzahlungspflichtige Hilfe auf dem Gesundheits-, Wissenschafts- und Technologiesektor zu leisten und außerdem günstige Kredite einzuräumen.

Am 7. August bereits war ein neues Aeroflot-Büro in Hanoi eröffnet worden (VNA in SWB, 15.8.81); 10 sowjetische Spezialisten erteilen zur Zeit Auffrischkurse für das Russische an mehr als 200 vietnamesische Lehrer (VNA in SWB, 15.8.81), Freundschaftsdelegationen drücken sich gegenseitig die Klinken in die Hand (VNA in SWB, 31.8. und 12.9.81), und am 23. Juli wurde der Jahrestag des gemeinsamen sowjetisch-vietnamesischen Raumunternehmens vor einem Jahr gefeiert (VNA in SWB, 29.7.81). Am 1. September wurde eine Schule für die Kinder sowjetischer Experten in Vietnam eröffnet (R.Hanoi in SWB, 8.9.81).

Die Preisvorstellungen Moskaus? Inzwischen soll die Sowjetunion eine Abhörstation in der Cam-Ranh-Bucht errichtet haben, mit deren Hilfe sich Moskau ein Bild von den Operationen der US-Luftwaffe und der US-Marine in Südostasien verschaffen will. Außerdem sollen U-Boote mit langer Reichweite in Cam Ranh stationiert sein (The Australian, 16.7.81).

Weitere Ostblockaktivitäten: Mitte September kam eine Partei- und Regierungsdelegation nach Hanoi (VNA in SWB, 17.9.81). Der vietnamesische Außenminister besuchte die Mongolische Volksrepublik (VNA in SWB, 29.7.81). Eine Delegation reiste nach Libyen (VNA in SWB, 26.8.81), und eine Solidaritätsdelegation aus Mozambique kam nach Hanoi (VNA in SWB, 22.8.81).

Mit der DDR wurde am 21. August ein Abkommen über die gegenseitige Unterstützung in juristischen Fragen unterzeichnet (VNA in SWB, 28.8.81). Am 13. August, anlässlich des 20-jährigen "Jubiläums" des Baus der Berliner Mauer, lobt Nhan Dan dieses Unternehmen als "notwendig und legitim". Die Mauer sei eine "entschlossene Antwort auf die Imperialisten und auf die revanchistischen Kräfte in Westdeutschland, die eine feindliche Politik gegenüber der DDR verfolgen" (SWB, 15.8.81).

3. Politik gegenüber dem Westen

a) Bitterkeit gegenüber den USA

Die USA gelten heute in Vietnam zwar nicht mehr als Feind Nummer 1, sondern - hinter China - nur noch als Gegner Nummer 2; das den Vietnamesen jedoch besonderen Kummer bereitet, ist die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking nicht nur auf diplomatischem und wirtschaftlichem, sondern auch auf militärischem und außenpolitischem Gebiet, wobei sie in allen Fragen der Südostasien-Politik fast ein Herz und eine Seele zu sein scheinen. Beide hätten die New Yorker Internationale Kambodscha-Konferenz inszeniert, beide schwärzten Vietnam und die Sowjetunion wegen des angeblichen Einsatzes von B- und C-Waffen in Laos und Kambodscha an, beide verzahnten ihre militärischen Unternehmen (chinesische Manöver entlang der vietnamesischen Grenze, US-Flotten-"Übungen" im Golf von Tonkin) ineinander, beide versuchten Vietnam diplomatisch und wirtschaftlich zu isolieren, rüsteten gemeinsam Thailand auf und suchten überhaupt in jeder Weise, Vietnam für seine angebliche "Aggression" gegen seine Nachbarländer bluten zu lassen.

Washington habe versprochen, den Chinesen Angriffswaffen zu liefern und wolle seine Militärhilfe an Thailand von 30 Mio.\$ auf 80 Mio.\$ im laufenden Fiskaljahr erhöhen. Die US-Ausgaben für die Ausbildung der Thai-Armee werden ebenfalls auf das mehr als Zweieinhalbfache (rd. 2 Mio.US\$) anwachsen (R.Hanoi in SWB, 31.8.81). Außerdem versuchten die Amerikaner erneut, eine Militärallianz südostasiatischer Staaten aufzubauen: Sie strebten m.a.W. eine Neuauflage der SEATO an.

Washington übe auf seine Alliierten Druck in der Richtung aus, daß diese Vietnam weder wirtschaftlich noch humanitär unterstützten. Unter anderem habe es Pläne amerikanischer Wohlfahrtsorganisationen über Nahrungsmittellieferungen an vietnamesische Kinder hintertrieben. Neuerdings bezeichne es Vietnam als den eigentlichen Verschulder des kambodschanischen Elends. Doch wer sei eigentlich der wirkliche Schuldige: Habe Washington nicht den Staatsstreich Lon Nols im Jahre 1970 angezettelt? Habe es nicht mehr als 100.000 Soldaten nach Kambodscha entsandt und strategische B-52-Flugzeuge dort zum Einsatz gebracht? Wer habe sich still verhalten, als die Pol-Pot-Clique ihren Völkermord durchführte? Und wer versuche nun - in Zusammenarbeit mit Beijing - die Pol-Pot-Reste und andere "Khmer-Reaktionäre" wieder an die Macht zu bringen? Wer mißbrauche den Namen der UNO, um dem kambodschanischen Volk eine Lösung von außen aufzuzwingen? (R.Hanoi in SWB, 27.7.81)

Schon früher hatte Hanoi den Amerikanern vorgeworfen, vertragsbrüchig zu sein und sich nicht an die Abmachungen der Pariser Verträge vom 27. Januar 1973 zu halten. Im Mai 1977 habe Washington erklärt, daß die damaligen Abkommen nicht länger gültig seien. "Gegenwärtig" (d.h. Mitte 1977) stünden vor allem drei Vertragsverpflichtungen im Vordergrund, die sich aus Art.8b, 21 und 22 der Pariser Abmachungen ergeben.

- Art.8b verlangt, daß Vietnam Auskünfte über amerikanisches Personal gibt, das während des Indochina-Krieges in Verschollenheit geriet. Hanoi werde sich nach Kräften bemühen, hier zufriedenstellende Arbeit zu leisten.
- In Art.21 ist festgelegt, daß die USA "zur Heilung der Kriegswunden und beim Wiederaufbau von Nachkriegsvietnam einen Beitrag leisten". Angeblich wurde den Vietnamesen hier eine Summe von 3-4 Mrd.\$ zugesagt. Wolle sich Washington dieser Verpflichtung entziehen?
- In Art.22 schließlich verpflichten sich beide Seiten, auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen zueinander zu normalisieren und einen Beitrag zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens in Indochina zu leisten. (R.Hanoi in FBIS, 26.5.1977, S.K 1)

Sicherlich, Washington strebe nach wie vor eine "Normalisierung" an, aber nur zu dem Zweck, den drei Völkern Indochinas seinen Willen aufzudrängen. Dies sei unannehmbar (R.Hanoi in SWB, 27.7.81).

Vietnam erinnert die Amerikaner auch daran, wie gefährlich es ist, mit dem Feuer zu spielen. Seien sie nicht seinerzeit, in Verfolgung eines anti-kommunistischen Kreuzzuges, immer mehr in den Indochina-Krieg hineingeschlittert? Die US-Präsenz in Vietnam "eskalierete" seinerzeit von der indirekten Eimischung im Schatten der Franzosen zur direkten politischen Eimischung nach 1954 und schließlich zur militärischen Eimischung zwischen 1962 und 1964, die dann zu einem vollen Engagement nach 1965 auswuchs. "Wehret den erneuten Anfängen" müßte die Lehre aus diesen früheren Erkenntnissen eigentlich sein. Abstand von jeglicher Zusammenarbeit mit dem "expansionistischen" China, Einhaltung der Pariser Abmachungen von 1973, d.h. partielle materielle Wiedergutmachung und (eimischungsfreie) "Normalisierung" sowie Ermunterung anderer westlicher Staaten, den Völkern Indochinas zu helfen - dies etwa wäre, wenn es nach den Vorstellungen der vietnamesischen Führung ginge, der richtige Südostasien-Kurs Washingtons. Statt dessen verfolgt die US-Regierung eine Politik, die von Richard Holbrooke, dem früheren Assistant Secretary of State for East Asian Affairs folgendemmaßen beschrieben wird (IHT, 22.7.81):

- Aufrechterhaltung der Sicherheit Thailands und Unterstützung der ASEAN-Einheit;
- Fortsetzung der Unterstützung für die Opfer (Flüchtlinge, Hungernden) der "fortdauernden Tragödie";
- Zusammenarbeit mit anderen Staaten der Region zum Zwecke der Eindämmung der Sowjetpräsenz in Vietnam und Kambodscha;
- Belehrung der vietnamesischen Führung, daß ihr heutiger Kurs der Anlehnung an Moskau und der Unterwerfung Laos' und Kambodschas sich langfristig nicht auszahlt und daß Hanoi stattdessen zu einer friedlichen Rolle in Südostasien zurückfinden muß;
- Suche nach einer politischen Kompromißlösung für Kambodscha.

Washington könne es sich keinesfalls leisten, abseits zu stehen, da die USA als Weltmacht für ein strategisches Gleichgewicht auch in Südostasien zu sorgen haben - in einem Gebiet also, wo Moskau gerade Raumgewinn erziele.

b) Bonner Delegationen in Vietnam

Zur Information über Fragen humanitärer Hilfe reiste Anfang August ein Ausschuß aller Bundestagsparteien nach Vietnam. Neben Helga Schuchardt (FDP), die den Vorsitz des Untersuchungsausschusses Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Ausschuß inne hat, gehörten der Delegation die Abgeordneten Walter Althammer (CSU) und Volker Neumann (SPD) an. Der Delegation wurde eine wohlwollende Prüfung der Ausreisearträge von 4.500

Vietnamesen - darunter 50 ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Saigon - zugesagt. Es handle sich hier um Fälle der Familienzusammenführung. Frau Schuchardt forderte mehr private Hilfe für Vietnam. Vor allem im Gesundheitswesen herrschten gravierende Versorgungs- und Ausrüstungsmängel. Möglichkeiten für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf Regierungsebene seien so lange nicht gegeben, als Vietnam Kambodscha besetzt halte. Die Delegation wies in Hanoi darauf hin, daß die deutsche Aufnahmekapazität für Vietnamflüchtlinge erschöpft sei und Vietnam die Ursachen beseitigen müsse, die die Menschen zur Flucht bewegten.

c) Weiterhin gespannte Beziehungen zu Thailand
Bangkok beschuldigt Vietnam, thailändische "Terroristen" im Untergrundkrieg auszubilden, die dann zu den Verbänden der Thai-Kommunisten stoßen sollen. Von Hanoi wird dieser Vorwurf zurückgewiesen (VNA in SWB, 4.9.81).

In einer längeren Liste zählt die thailändische Regierung Obergriffe von "Vietnam-Heng-Samrin-Kräften" auf thailändisches Territorium auf (SWB, 23.9.81). Thailand wolle hier nicht länger zuschauen, sondern werde zurückschlagen (XNA, 8.9.81).

In Paris trafen sich am 11. und 12. Juli die Außenminister von Vietnam und Thailand. Nguyen Co Thach wies darauf hin, daß von einem "vollständigen Rückzug" der Vietnamesen aus Kambodscha so lange nicht die Rede sein könne, als die "chinesische Drohung" andauere. Vietnam könne allerdings einen Teil seiner Verbände aus Thailand-nahen westkambodschanischen Gebieten abziehen, falls es sicher sein könne, daß Thailand nicht länger die Khmer-Rouge- und Khmer-Serei-Elemente unterstütze (R.Bangkok in SWB, 31.7.81). Einstweilen sind nach thailändischen Berichten drei vietnamesische Divisionen (Nr.75, Nr.72 und Nr.4) nur 5 km von Aranyaprathet und Ta Phraya entfernt stationiert (SWB, 17.8.81).

4. Innenpolitik

a) 36.Nationalfeiertag

Am 1.September fand in Hanoi eine Großveranstaltung zum 36.Nationalfeiertag statt, an dem die gesamte Führungsspitze von Partei und Regierung teilnahm. An diesem Tag werden die Ereignisse der Zeit zwischen März und September 1945 ins Gedächtnis gerufen. Die Japaner, die während des Zweiten Weltkrieges Französisch-Indochina besetzt hielten, hatten die Franzosen zunächst auf ihren Verwaltungsposten belassen, sie dann aber im März 1945 abgesetzt. Von da an begann der Widerstand der Viet Minh unter anti-japanischen Losungen. Im April 1945 wurden die verschiedenen Guerilla-Einheiten zu einer einzigen Heeresformation zusammengelegt und im Juni 1945 entstand eine "Befreite Zone", die sechs Provinzen umfaßte, welche entlang der Grenzen zu China hin lagen. Gleichzeitig herrschte eine Hungersnot, die 2 Millionen Vietnamesen dahinraffte - Anlaß für die KP, die "Massen für den Sturm auf die Reislager zu mobilisieren". Am 8.August 1945 trat die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan ein, das am 15.August kapitulierte. Vier Tage später kam es in ganz Vietnam zu Aufständen, und zwar am 19.August in Hanoi, am 23.August in Hue und am 25.August in Saigon. Der Rest des Landes folgte nach. Am 2.September 1945 verlas Ho Chi Minh die Unabhängigkeitserklärung und proklamierte die Gründung der DRV. Die "August-Revolution von 1945" gilt in der offiziellen Hanoier Geschichtsschreibung als Ende des hundertjährigen französischen Kolonialismus und des tausendjährigen "Feudalismus" sowie als Geburtsstunde des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in Südostasien, der die Frucht von 15 Jahren Kampf unter Führung der 1930 gegründeten Indochinesi-

schen KP war.

Bei der erwähnten Kundgebung wurde auch auf die zwei großen Auseinandersetzungen seit 1945 - mit den Franzosen und den Amerikanern - hingewiesen, vor allem aber China als alter und neuer Feind hingestellt (VNA in SWB, 3.9.81). Bezeichnenderweise wird der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan als entscheidende Hilfe für die vietnamesische Befreiung herausgestrichen (Nhan Dan in SWB, 22.8.81). Im August 1945 habe die Partei nur 5.000 Mitglieder gehabt und wenige kleine Guerilla-Einheiten angeführt.

Spekulationen löste die Tatsache aus, daß als Hauptredner bei der Veranstaltung nicht, wie erwartet, Ministerpräsident Pham Van Dong, sondern sein Stellvertreter, Nguyen Huu Tho, auftrat, der in der Führungsspitze hinter Le Duan, Truong Chinh und Pham Van Dong eigentlich erst als Nummer 4 rangiert. Damit erscheint Huu als der bestplacierte Kandidat für die Nachfolge des hoch in den Siebzigern stehenden Ministerpräsidenten Nguyen Huu Tho kündigte auch an, daß noch im Jahre 1981 der V.Nationalkongreß der KPV abgehalten werde, der die politische Linie und eine ökonomische Strategie für die 80er Jahre auszuarbeiten und die Ziele des neuen Fünfjahresplanes (1981-1985) festzulegen habe.

b) Parteiarbeit: Wettbewerbskampagne, 6.Phase der Ausgabe von KP-Mitgliedskarten, Vorbereitung auf den V.Parteikongreß

Im Zusammenhang mit dem 36.Staatsfeiertag und dem bevorstehenden Parteikongreß läuft zur Zeit eine "sozialistische Wettbewerbsbewegung", die das ganze Land erfaßt und der Entwicklung von Arbeitseifer, von Länderschließung, von Ausrüstung und Kapital dienen soll. In diesem Zusammenhang sind in den verschiedenen Einheiten Modelle aufzufinden, die der Nachahmung dienen können (Nhan Dan in SWB, 6.8.81). Die Presse bringt fast jeden Tag Berichte, wie einzelne Landwirtschaftsgenossenschaften, Fabrikeinheiten oder Kompanien nachahmenswerte Leistungen vollbringen und für die Übererfüllung der Planziele eintreten.

Diese Bewegung ist eng verbunden mit dem schon seit Monaten laufenden Kampf gegen "negative Erscheinungen" und gegen den "Negativismus" in der Haltung vieler Kader sowie mit der immer noch andauernden Ausgabe von Parteimitgliedschaftskarten. Im Juli ging die sechste Phase der Kartenausgabe zu Ende. Seit dem Beginn der ersten Phase am 3.Februar 1980 hätten mehr als 70% aller Parteimitglieder solche Karten erhalten. Im sechsten Abschnitt dieses Säuberungsprozesses, der am 19.Mai zu Ende ging, habe es leider mehr disqualifizierte Mitglieder gegeben als in den fünf vorausgegangenen Phasen. Mitglieder, die damals disqualifiziert worden waren und die sich in der Zwischenzeit nicht verbessert haben, wurden während der sechsten Phase endgültig aus der Partei ausgeschlossen (R.Hanoi in SWB, 11.8.81). Die achte und letzte Phase sollte am 2.September zu Ende gehen. Nach den letzten Zahlen von 1979 hat die Partei 1.553.000 Mitglieder, deren Durchschnittsalter bei 39 Jahren liegt. 17,6% davon sind Frauen, 43,6% kommen aus den Reihen der Bauern, 9% sind Arbeiter und 35,5% Kader und Regierungsangestellte. Präsident Ho Chi Minh erhielt nachträglich die Parteikarte Nummer 1. Während der 1.Hälfte des Jahres 1981 wurden in die KPV 470.000 neue Mitglieder aufgenommen, von denen nicht weniger als 87,26% aus der Reihe der Kommunistischen Jugendliga kamen. 55% haben eine Erziehung über dem Sekundarschulniveau.

Der im November abzuhaltende V.Parteikongreß wirft bereits jetzt seine Schatten voraus. Nach einer Parteidirektive vom 14.Juli dauert die erste Vorbereitungsphase von Ende Septem-

ber bis 31. Oktober. In diesem Zeitabschnitt sollen die KP-Ausschüsse auf Stadt- und Provinzebene ihre Kongresse abhalten. Der zweite Abschnitt wird dann aus dem Nationalkongreß selbst bestehen, und in einem dritten Abschnitt haben die Parteimitglieder aller Ebenen die dann beschlossenen Kongreßdokumente zu studieren und konkrete Richtlinien für ihre Umsetzung im lokalen Rahmen auszuarbeiten.

c) Konsolidierung der Staatsorgane

Im Vollzug der neuen vietnamesischen Verfassung vom 18.12.1980 hat es inzwischen zwei Ablaufreihen gegeben, nämlich den Erlass mehrerer Organstatuten und die Durchführung von Lokalwahlen.

Was den ersteren Punkt anbelangt, so sind vier Bestimmungen erlassen worden, nämlich ein Gesetz über die Nationalversammlung sowie über den Staatsrat vom 3.7.1981, (Nhan Dan in SWB, 28.7.81), ferner ein Organgesetz über die Volksstaatsanwaltschaften vom 4.7.1981 (R.Hanoi in SWB, 27.7.81), desweiteren ein Organgesetz für die Volksgerichte vom 3.7.1981 (R.Hanoi in SWB, 27.7.81) und schließlich ein Organgesetz für den Ministerrat vom 17.7.1981 (R.Hanoi in SWB, 27.7.81). In allen vier Gesetzen sind Organisation und Aufgaben, wie sie bereits im Verfassungstext pauschal umrissen sind, detailliert aufgeführt. Das Gesetz über die Volksstaatsanwaltschaften beispielsweise zerfällt in acht Kapitel (Allgemeine Regelungen; Kontrollarbeit im allgemeinen; Kontrollarbeit bei Untersuchungen; Kontrollarbeiten gegenüber Urteilen; Kontrollarbeit beim Strafvollzug; Kontrollarbeit in Gefängnis- und Umerziehungsangelegenheiten; Organisation und Anzahl der Kader bei den Volksstaatsanwaltschaften; Schlußbestimmungen). Das Gesetz über die Nationalversammlung und den Staatsrat, das beide Organe merkwürdigerweise zusammenfassend behandelt, bringt als Neuerungen, die über den Verfassungstext hinausgehen, noch Bestimmungen über die Einrichtung Ständiger Ausschüsse für die Nationalversammlung. Vorgesehen sind insgesamt sieben solcher Ausschüsse, nämlich für Justiz, für Wirtschaftsplanung und Haushalt, für Kultur und Erziehung, für Wissenschaft und Technologie, für Gesundheit und soziale Wohlfahrt, für Jugend- und Kinderfragen sowie für Auswärtige Politik. Genauer geregelt sind auch das Petitionswesen (Art.62 ff.), die Immunität und die Entlassung von Abgeordneten sowie Einzelheiten über die Bildung von lokalen Deputierten-Gruppen (Art.71).

Die Lokalwahlen sollen in den Provinzen, direkt der Zentralverwaltung unterstellten Städten, Kreisen, Arrondissements, Distrikten und mittelbaren Städten sowie den Dörfern und Märkten zwischen Anfang September und Ende November 1981 abgehalten werden. Das konkrete Datum ist hierbei von den Volksausschüssen der Provinzen festzulegen. Ein entsprechendes Zirkular ist inzwischen durch den Ministerrat an die lokalen Einheiten versandt worden (R.Hanoi in SWB, 27.7.81). Bei der Propagierung dieser Wahlen leisten die Filialen der Vaterländischen Front eine organisatorische Hilfestellung (R.Hanoi in SWB, 31.8.81). Nhan Dan weist darauf hin, daß vor allem dem Kreis als Basis-Einheit für den Wirtschafts- und Verteidigungsaufbau zentrale Bedeutung zukomme (SWB, 23.9.81). In der Tat hat der IV. Parteitag (Dezember 1976) beschlossen, Kreise in "landwirtschaftlich industrielle Einheiten" umzubauen, die zugleich auch "lokale militärische Festungen" sein sollen (FBIS, 24.5.1977, S.K 17 bis K 33). Landwirtschaftlicher Investbau, regionale Entwicklung, Mechanisierung und Milizaufbau sollen hier also zusammengefaßt werden. Es ist also nicht mehr, wie noch in der alten Gesellschaft, das Dorf, sondern der Kreis, der als ausschlaggebende Entwicklungsagentur zu fungieren hat.

d) Massenorganisationen

Vom 7. bis 12. September hielt das Exekutiv-Komitee des vietnamesischen Gewerkschaftsbundes eine Tagung ab, bei der betont wurde, daß 80,5% aller Arbeiter und zivilen Angestellten, das sind zusammen 2,9 Mio. Personen, dem Gewerkschaftsbund angehören. Die Gewerkschaftsorganisation besteht in Vietnam, wie auch in den anderen sozialistischen Ländern, aus zwei Strängen, nämlich einem Horizontalstrang, bestehend aus 19 Industriegewerkschaften und 14 Gewerkschaftsverbänden aus den verschiedenen Provinzen, Städten und Sonderzonen, und einem Vertikalstrang, der parallel zu den Administrativ- und Parteiorganisationen, d.h. also von der Zentrale bis hinunter zu den Basis-Einheiten verläuft. Innerhalb der 19 Industriegewerkschaften gibt es 16.000 Betriebsgewerkschaftsorganisationen und über 250.000 Gewerkschaftslokale im ganzen Land.

Das Heer der Gewerkschaftskader besteht aus 16.500 professionellen und 600.000 nicht professionellen Kadern. Die Gewerkschaft hat Erziehungs-, Mobilisierungs- und Wohlfahrtsverwaltungsaufgaben. Sie hat mitzuwirken bei der Festlegung von Prämien, beim Kampf gegen Phänomene des "Negativismus", des Bürokratismus und der Korruption, sie hat teilzunehmen bei der Betriebsverwaltung (ohne daß ihr allerdings ein wirklich entscheidendes Mitbestimmungsrecht zukäme), und sie hat sich um die Verbindungen zu anderen Massenorganisationen, z.B. zur KJL zu kümmern (Nhan Dan in SWB, 21.9.81). In Ho-Chi-Minh-Stadt steigt die Mitgliederzahl schnell an. Bereits 300.000 (=86%) der insgesamt 339.000 Arbeiter und öffentlichen Angestellten in der Stadt sind inzwischen den Gewerkschaften beigetreten (VNA in SWB, 10.8.81).

Auch in der Kommunistischen Jugendliga sind hohe Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Der Ho-Chi-Minh-KJL gehören inzwischen 4,5 Mio. Jugendliche (=30% aller Jugendlichen des Landes) an. In die KP wurden nur 5% der KJL-Mitglieder aufgenommen. 1979 und 1980 empfahl die KJL 700.000 Mitglieder für die Aufnahme in die Partei, von denen am Ende immerhin 260.000 zugelassen wurden (R.Hanoi in SWB, 14.8.81). Dies zeigt, daß die Union eine Art Jugendorganisation der Partei ist. Mit zu den wichtigsten Erziehungsaufgaben der KJL gehört es auch, die Jugendlichen für den Wehrdienst und für den freiwilligen Dienst in den Neuen Ökonomischen Zonen zu motivieren - für eine Pflicht also, die in den letzten Jahren unpopulär geworden ist. Niemand geht gerne nach Kambodscha oder zu den Grenzabschnitten nach China. Diese Haltung gilt als eine der Erscheinungsformen des "Negativismus".

e) Disziplinarmaßnahmen, Amnestien

Vietnam befindet sich zur Zeit in einem großen Umbauprozess. Stärker als noch in den vorangegangenen Jahren ist heute Disziplin und Gesetzesgehorsam gefragt. Aus diesem Grund geht die Partei einerseits hart gegen korrupte Parteikader vor, verfolgt andererseits aber auch Verstöße gegen die gesellschaftliche Ordnung und verhängt zum Teil harte Strafen. Fälle von Korruption und Unterschlagung werden aus dem Bereich von staatlichen Transportunternehmen gemeldet (R.Hanoi in SWB, 31.7.81). Besonders häufig scheint die Abzweigung aus staatlicher Produktion in private Kanäle zu sein. Am 13. Juli 1981 entließ Ministerpräsident Pham Van Dong den stellvertretenden Minister für Meeresprodukte und Direktor eines staatseigenen Fischereiunternehmens, der in großem Stile Fischprodukte verschoben hatte (R.Hanoi in SWB, 23.7.81). Pham Van Dong entließ ferner den Direktor des größten Hafens von Vietnam, Haiphong, dem ebenfalls Unterschleif vorgeworfen wurde (R.Hanoi in SWB, 23.7.81).

Reicht die Korruption schon bis hinein in die Führungsspitzen, so gehört sie an der Basis geradezu zur Tagesordnung,

wie die schon fast eintönig amutende Lektüre von Gefängnisstrafen für "unehrliche Kader" beweist. Gegenstand besonders häufiger Veruntreuung scheinen Lebensmittelcoupons zu sein, die von den Verteilungsbeamten unterschlagen und mit Gewinn in den Verkehr gebracht werden (R.Hanoi in SWB, 22.8.81).

Fluchthelfer haben mit zum Teil lebenslangem Gefängnis, ja mit Todesstrafe zu rechnen (R.Hanoi in SWB, 1. u. 7.8.81). Andere wiederum werden angeklagt, in der Verkleidung von Soldaten Staatseigentum entwendet zu haben. Ein Bandenführer, der sich dieser Methode bediente, wurde zum Tode verurteilt (R.Hanoi in SWB, 10.9.81).

Anläßlich des Nationalfeiertages beschloß der Staatsrat bei seiner Sitzung am 28. August eine begrenzte Amnestie. Häftlinge, die zwei Fünftel ihrer Strafe (oder bei lebenslangem Gefängnis mindestens 10 Jahre) verbüßt und Erfolge bei der "formalen Umerziehung" gezeigt haben, wurden in die Freiheit entlassen (R.Hanoi in SWB, 1.9.81). Soweit ein "ständiger Fortschritt bei der Erziehung" zu erkennen sei, könne eine Verringerung der Haftstrafen vorgenommen werden. Einzelne Entlassungen für politische Gefangene gab es auch schon vor diesem Zeitpunkt. Ein Richter im früheren Saigon, Pham Van Phu, der im Juni 1975 festgenommen worden war, hatte sechs Jahre in einem Dschungel-Straflager verbracht, ehe er Anfang August mit einem Schiff auf die Pescadores fliehen konnte. Phu war mit zusammen 4.000 Gefangenen, unter anderem 200 Unteroffizieren, Leutnants und Hauptleuten der früheren südvietnamesischen Armee in einem Lager gewesen. In jeder der 39 Südprovinzen gebe es mehrere solche Gefangenenlager. Die einfacheren Beamten und Angestellten des alten Regimes dürfen im Süden bleiben und können auch mit Entlassung rechnen, während höhere Chargen nach Nordvietnam gebracht werden und dort wahrscheinlich lebenslang in Arbeitslagern bleiben müssen. Phu meinte, er sei während all der sechs Jahre kein einziges Mal vernommen oder mit einer Anklage konfrontiert worden. Die einzige Aktivität, die den Namen "Umerziehung" in den betreffenden Lagern rechtfertigt, sei die recht spärliche Lektüre von offiziellen Parteischriften gewesen, der man sich allerdings auch nur dann gewidmet habe, wenn gerade nordvietnamesisches Wachpersonal anwesend war. Auch gegenseitige Kritik und Selbstkritik waren höchst sporadisch. Lediglich im ersten Monat sei er, Phu, zu neun politischen Vorlesungen befohlen und zur fünfzehmaligen Niederschrift seiner Biographie aufgefordert worden. Im übrigen habe das Lagerleben aus harter Arbeit bei minimaler Ernährung bestanden. Medizinische Hilfe sei ein Fremdwort gewesen. Die Arbeit habe darin bestanden, den Dschungel zu lichten und Mais sowie Wurzelfrüchte dort anzubauen. Ohne die Nahrungsmittelpakete, die die eigenen Familienmitglieder alle zwei Monate ins Lager bringen durften (die Besuchszeit dauerte dabei 30 Minuten), hätte niemand überleben können. Ins Zivilleben habe man nur zurückkehren können, wenn man im Besitz einer Arbeitserlaubnis gewesen sei. Eine Arbeitserlaubnis aber wurde solange nicht gegeben, als keine Wohnungserlaubnis vorlag. Die Wohnungserlaubnis wiederum hing von der Arbeitserlaubnis ab. Nicht wenige der Gefangenen benutzten eine vorübergehende Freilassung zur Flucht (Bericht nach IHT, 18.8.81). Angeblich sind seit 1975 mehr als 840.000 Menschen aus dem ehemaligen Saigon umgesiedelt worden, und zwar zumeist in die Neuen Ökonomischen Zonen und ins Mekong-Delta. Die Erschließungsbedingungen sind hart, und das Leben dort soll sich nicht wesentlich von jenem Gefangener unterscheiden.

Amnesty International geht, wie bereits berichtet (C.a., Juli 1981, S.454 f.), davon aus, daß zur Zeit 20.000 Menschen in Umerziehungslagern untergebracht sind.

f) Zur Sicherheitslage: Ist neben der FULRO eine neue Anti-Hanoi-Widerstandsgruppe (die "DEGA") entstanden? Selten zuvor in einem anderen Berichtszeitraum hat Radio DK so viele "Erfolgs"-Meldungen der FULRO-Guerilla im Zentralen Hochland in Südvietnam (vgl. Karte C.a., November 1980, S.962) gemeldet wie in den Monaten Juli bis September 1981. Im Mittelpunkt stehen dabei immer wieder die "Schlachtfelder" von Dac Lac, Cong Tum, Pleiku und Ban Me Thuot (z.B. SWB, 18.9., 29.7., 16.7.; 17., 20. und 22.8.81). Nach demselben Schema wie für die "Siege in Kambodscha" werden auch die Widerstandsaktionen in Vietnam aufgezählt: mit Datumsangabe, mit der Zahl der erbeuteten Waffen und der getöteten bzw. gefangengenommenen Gegner. Fast immer ist dabei von Hinterhalten die Rede. Es soll bei solchen Berichten der Eindruck erweckt werden, daß die "Le-Duan-Truppen" immer schwächer, die Aufständischen dagegen von Tag zu Tag an Mannschaftsstärke, Ausrüstung und vor allem Kampfmoral stärker werden.

Inzwischen soll sich neben der alten FULRO eine neue Widerstandsfront gebildet haben, die sich ebenso wie ihre ältere Schwester aus Angehörigen von Minderheiten zusammensetzt, und zwar diesmal aus der Rhade-Minorität. Diese Bewegung habe in der Zentralprovinz Dac Lac eine Regierung gebildet, die unter dem Namen "DEGA" bekannt ist und die mit den ihr zur Verfügung stehenden und mit chinesischer sowie DK-Hilfe ausgebildeten Truppen gegen die vietnamesische Armee einen Guerillakrieg führen. Zu der DEGA-Bewegung gehören angeblich auch Minderheiten aus Kambodscha und Laos.

Der größte Teil der FULRO-Führung, die bereits während der französischen Kolonialzeit existierte, sei vor zehn Jahren ausgeschaltet worden, als im Zuge des Ausbruchs des Kambodschakrieges und des Aufstiegs der Khmers Rouges die günstigsten Basen in Ostkambodscha verloren gingen. Es hieß damals auch, daß der Führer der früheren Bewegung, Y Baham, ums Leben gekommen sei. Nach 1975 aber soll er plötzlich wieder aufgetaucht sein (Bangkok Post in SWB, 23.7.81).

Die vietnamesischen Kommunisten hatten während des Indo-china-Krieges ausgezeichnete Beziehungen zu den Minderheiten in der "Befreiten Zone", welche die meisten Provinzen entlang der chinesischen Grenze umfaßte. Waren sie doch darauf angewiesen, dort wie Fische im Wasser des Volkes zu schwimmen. Auch sollen sie den Minderheiten damals die spätere Unabhängigkeit versprochen haben. Seit Mitte der 50er Jahre allerdings wichen die damaligen Hoffnungen der Minderheiten einer wachsenden Enttäuschung: Sie durften zwar ihre Sprache und Sitten beibehalten, mußten aber vietnamesische Staatsbürger bleiben. China ist heute in der Lage, solche Antipathien im regierungsfeindlichen Sinn zu mobilisieren.

Hatten die Minderheiten im nördlichen Vietnam wenigstens vorübergehend Pro-Vietminh-Sympathien gehegt, so war dies bei den Minderheiten im Zentralen Hochland in Südvietnam nie der Fall gewesen. Das dort aufgestaute Anti-Hanoi-Potential kann allerdings von China selbst nicht genutzt werden, weil kein direkter geographischer Zugang dorthin besteht. Hier üben die DK-Propagandisten und -Streitkräfte eine wichtige Kommunikations- und Binfunktion aus.

Die Vietnamesen, die die Gefahr einer FULRO/DEGA-Doppel-front erkannt haben, bemühen sich inzwischen angeblich verstärkt um den Volksstamm der Rhade und haben einen ihrer Repräsentanten zum Mitglied des Staatsrates und einen weiteren zum stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalversammlung ernannt.

5. Wirtschaftsentwicklung

a) Stimmungslage: Erlahmung des Arbeitseifers

Eindrucksvolle Berichte westlicher Besucher machen deutlich, daß die propagandistischen Aussagen der Chinesen über die schlechte wirtschaftliche Situation in Vietnam reale Hintergründe hat.

Eine gängige Redensart lautet: "Wir essen und unser Magen ist nicht gefüllt. Wir kleiden uns und unsere Blöße ist nicht bedeckt. Wir sterben und wir haben keinen Sarg" (Der Spiegel 1981, Nr.35, S.110 ff. und 1981, Nr.36, S.126 ff., Reisebericht von Tiziano Terzani). Obwohl Hanoi inzwischen den nationalistischen Jahrhunderttraum der Vietnamesen verwirklicht habe, nämlich die Beherrschung des gesamten früheren Französisch-Indochina, sei seine Wirtschaft heute am Ende oder, wie es manchmal heißt: "Es gibt überhaupt keine Wirtschaft." Im Süden hätten die neuen Machthaber eine moderne leistungsfähige Infrastruktur übernommen. Doch durch Korruption und falsche Anweisungen ("Erschließung" neuer Wirtschaftsgebiete in Arealen, die dazu überhaupt nicht geeignet sind, wie z.B. des Le-Minh-Xuan-Gebiets) hätten dazu geführt, daß das Erbe verschleudert wurde. Eine noch größere Verschwendung aber begehe das neue Vietnam mit seinen Menschen und deren Fähigkeiten. Statt deren guten Willen und deren Expertentum für den Aufbau zu mobilisieren, habe man sie aus ihren Positionen gestoßen und die freigewordenen Stellen mit Funktionären aus dem Norden besetzt. Arbeitslager und Arbeitslosigkeit hätten zu Zynismus gegenüber dem Regime geführt und zum Zusammenbruch jenen guten Willens, der den neuen Machthabern anfangs entgegengekommen sei. Dieses Schicksal habe nicht nur Experten und Politiker der früheren Nationalen Befreiungsfront Südvietnams getroffen, sondern sogar den einfachen Mann auf der Straße. Im Krieg sei Vietnam stark gewesen, der Friede aber habe Vietnam gespalten. Schließlich beginne der Süden den Norden "anzustecken"; dort habe es früher weder Prostitution noch Bettelerei gegeben - eine Erscheinung, die heute überall anzutreffen sei. An anderer Stelle ist die Rede von einem "zunehmenden Festungsdenken" der vietnamesischen Führung, die sich in "Realitätsferne" niederschlage (Renate von Gizycki, "Notizen von einer Reise nach Vietnam", in Internationales Asienforum 1980, Nr.3/4, S.229-252). Was der Besucherin auffällt, ist das überall gegenwärtige Mißtrauen. Direkte Kontakte mit der Bevölkerung seien nicht nur unerwünscht, sondern sogar verboten. Das Ausmaß der Überwachung übersteige jede nüchterne Erwartung. Die Atmosphäre persönlicher Begegnungen habe fast immer etwas Bedrückendes. Was für ein Staat sei dies, der seinen Bürgern so mißtraue!? "Menschen, die so überwacht werden, sinnen auf Auswege: Flucht oder Widerstand oder, was nicht weniger schlimm ist: Sie verfallen in Resignation und Gleichgültigkeit." Und überall die gleiche Beobachtung: Die Versorgungslage ist schlecht.

Aussagen solcher Art werden auch durch Mitglieder der vietnamesischen Führung indirekt - ja manchmal, wie anlässlich des 36.Jahrestages (am 1.September 1981), auch direkt bestätigt, so z.B. in der Jubiläumsansprache von Nguyen Huu Tho. Tho betonte zuerst die Erfolge: In den vergangenen sechs Jahren seien eine weitere Million Hektar Land urbar gemacht und die Landwirtschaft mit über 20.000 Traktoren ausgestattet worden. Man habe zahlreiche durch Kriegseinwirkung verwüstete Fabriken und Kraftwerke wiederhergestellt und inzwischen auch Versuchsbohrungen nach Öl und Gas durchgeführt. Die Kollektivierung sei vor allem in den Zentralprovinzen und auf dem Hochplateau nahezu vollständig durchgeführt worden; außerdem habe man das Analphabetentum in Südvietnam praktisch beseitigt. Im übrigen gelte es aber, über zahlreiche Fehler nachzudenken. Die Führung habe es versäumt, Hand-

arbeit und mechanische Arbeit, Volkswirtschaft und nationale Verteidigung sowie Inlandsproduktion und internationale Kooperation richtig miteinander zu verbinden. Vor allem seien die drei Interessen (Staat, Kollektiv, Individuum) nicht angemessen berücksichtigt worden, so daß der Arbeitseifer des einzelnen erlahmt sei.

b) Verbesserungsbemühungen: Das Arbeitsquoten- (Kontrakt-)system als "Ei des Columbus"

Künftig gelte es, zwei Hauptaufgaben zu erledigen, nämlich den Sozialismus aufzubauen und die Verteidigung zu stärken. Zu diesem Zweck gelte es, bürokratische Arbeitsmethoden durch ein modernes Wirtschaftsmanagement zu ersetzen, den Staatsapparat (vor allem in den Dienstleistungssektoren) zu reorganisieren, das Autarkieprinzip (mit den Kreisen als Schwungrädern) zu verwirklichen und die individuelle Leistung dadurch anzureizen: Kleinindustrien und das Handwerk sollen entwickelt und das Arbeitsquotensystem zugelassen werden (VNA in SWB, 3.9.81).

Das Arbeitsquotensystem scheint heute im landwirtschaftlichen Bereich zur Hauptantwort des Regimes auf die in den letzten Jahren zu verzeichnenden Rückschläge geworden zu sein. Es ist deshalb hier einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. In einem vietnamesischen Erfahrungsbericht aus der Provinz Hai Hong (zwischen Hanoi und Haiphong gelegen) wird deutlich, vor welchem Hintergrund das Arbeitsquoten- oder Kontraktssystem entstanden ist (Vietnam Courier 1981, Nr.2, S.11-14). Dort hätten 1976 zahlreiche "negative Phänomene, wie Laxheit durch die Parteiführung, Nachlässigkeit der Bauern bei der Arbeit, Diebstahl, Verschwendung und Bestechung, um sich gegriffen. Die Kader hätten sich über Anbaumöglichkeiten und Erträge keine Gedanken gemacht, sondern stattdessen bürokratische und autoritäre Anordnungen erteilt. Imitten dieses allgemeinen Niedergangs habe es nur einen einzigen Lichtblick gegeben, nämlich die Doan-Xa-Genossenschaft, die, wie sich bald herausstellte, das in früheren Jahren schon einmal kritisierte "Vertragssystem" anwendete. Das zuständige Kreispartei-Komitee beschäftigte sich mit diesem Fall und genehmigte Anfang 1978 die Fortsetzung des Experiments. Jede Familie erhielt von jetzt an einen halben Sao (=180 qm) auf Vertragsbasis für einen bestimmten Zeitraum zugeteilt, wofür sich der Adressat im Gegenzug zur Ablieferung einer bestimmten Quote verpflichtete. Und nun geschah etwas Erstaunliches: "Die Leute arbeiteten plötzlich mit ganz ungewöhnlichem Eifer und blieben auf den Feldern vom Morgengrauen bis in die Nacht hinein. Technische Standards wurden genauestens befolgt, und zwar sowohl beim Pflügen, beim Eggen, beim Umpflanzen und beim Düngen als auch bei der Unkrautpflege, bei der Schädlingsbekämpfung und bei der Ernte... Alle Quoten wurden an die Genossenschaft abgeliefert und zwar innerhalb der vorgesehenen Zeit. Auch die Überprüfungsarbeiten konnten deshalb schnell vonstatten gehen. Auf der Basis dieses Erfolges wurde dann i.J. 1978 bereits die doppelte Bodenfläche und 1979 sogar die vierfache bewirtschaftet" (ebenda, S.13). Die Genossenschaften behielten indessen die volle Kontrolle über die Planung und über die anzupflanzenden Saaten, über die vom Bewässerungssystem aus zu verteilenden Wassermengen und über den Einsatz von Dünger. Diese Arbeitsverteilung zwischen kollektiver Genossenschaft und individuellem Vertragsnehmer war für das Kreispartei-Komitee ein Beweis dafür, daß die sozialistische Basis durch das Vertragssystem keineswegs verlassen wurde. Innerhalb von drei Jahren (1978-80) wuchs Doan Xa zu einer Muttergenossenschaft aus, deren Methoden schließlich für das ganze Land verbindlich werden sollten.

c) Stufen des landwirtschaftlichen Kollektivierungsprozesses

Damit war eine dritte Stufe der Entwicklung im Kollektivierungsprozeß Vietnams erreicht:

- In den frühen Tagen der Kollektivierung, die 1958 begann, erhielten die Bauern Arbeitspunkte für die tägliche Arbeit, wobei ungerechte Ergebnisse zustande kamen, weil das Endergebnis von der recht unterschiedlichen Güte des bearbeiteten Bodens abhing.

- Abhilfe sollte hier das sog. "Dreifach-Vertragssystem" bringen. Danach wurde jeder Hektar Land je nach seiner Qualität in bestimmte Kategorien eingestuft. Je nach Güteklasse war eine bestimmte Menge zu produzieren, und zwar zu bestimmten Kosten, wofür eine bestimmte Zahl von Punkten vergeben wurde. Solche Verträge wurden mit Produktionsmannschaften abgeschlossen, und zwar mit der Maßgabe, daß sie bei Übererfüllung 80% an Prämien, bei Untererfüllung aber einen Strafabzug von 50% erhalten sollten. Auch diese Methode erwies sich als ungenügend, da sie nur unter zwei Voraussetzungen wirklich reibungslos funktionieren konnte, nämlich einer guten Arbeitsorganisation und einem geschärften Bewußtsein der Genossen, die nicht in erster Linie an sich selbst, sondern an die Interessen des Kollektivs und des Staates denken sollten.

- Doan Xa schließlich wies den dritten Weg, der - einstweilen - als "das Ei des Columbus" präsentiert wird: Der Vertrag mit seinen drei Festlegungen (für Produktionsmenge, Erzeugerkosten und die bodenqualitätsabhängigen Arbeitspunkte) wird in Zukunft nicht mehr an Produktionsmannschaften, sondern an Individuen oder Familien vergeben. Obererfüllung der vereinbarten Leistungen bringt dem Einzelbauern Prämien, die er zusätzlich zu seinem Genossenschaftseinkommen erhält, Untererfüllung bringt Strafabzüge.

Der KP-Ausschuß von Haiphong beschloß Anfang 1981, weiteren Kreisen grünes Licht für die Doan-Xa-Methode zu geben.

Obwohl das Arbeitsvertragssystem vorerst noch auf Experimentierbasis läuft, ist es inzwischen doch schon über weite Teile Vietnams verbreitet worden. Vom 8. bis 12. August fand unter Leitung des Landwirtschaftsministeriums eine Konferenz statt, bei der das landwirtschaftliche Kontraktssystem einer allgemeinen Prüfung unterzogen wurde. Kein geringerer als Ministerpräsident Pham Van Dong nahm daran teil (R.Hanoi in SWB, 19.8.81). Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident Vo Chi Cong hielt eine Rede, die aus fünf Teilen bestand:

- Teil 1 zeigte, welche erfreulichen Ergebnisse das Kontraktssystem bisher gebracht hat.

- Teil 2 legte dar, wie die Landwirtschaftskader ihre Managementqualitäten angesichts des neuen Vertragssystems verbessern konnten.

- Teil 3 ventilierte die Gründe für den Erfolg der neuen Bewegung.

- In Teil 4 schließlich wurde dargelegt, daß das produktbezogene Kontraktssystem die drei Schlüsselprobleme (rationale Organisation der Arbeit, Durchführung des Leistungsprinzips und Harmonisierung der "drei Interessen") löse. Das Kontraktssystem erweise sich demnach als 100%ig (und keineswegs nur als 99%ig) richtig. Es sei eine Manifestation des schöpferischen Kurses der Partei und zugleich auch ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der "drei Revolutio-

nen". Noch weiter geht ein Bericht von Nhan Dan (SWB, 21.9.81): Das Kontraktssystem führe zu einer Reorganisation der gesamten Genossenschaftsverwaltung. In einigen nördlichen Provinzen, die das Kontraktssystem angewendet haben, sei die Reisproduktion innerhalb eines Jahres zwischen 8,7 und 10% angestiegen.

Es fällt auf, daß hier eine Art stiller Parallele zu den Entwicklungen in der VR China zu beobachten ist, wo ja ebenfalls seit einem Jahr mit dem "Einzelwirtschafts- und Haushaltsquotensystem" experimentiert wird (Näheres dazu C.a., Juli 1981, S.429 ff.).

Die uralte Erfahrung, daß nämlich der Arbeitseifer dann am stärksten angestachelt wird, wenn der einzelne Bauer auch etwas für sich selbst verdienen kann, wird hier neu entdeckt. Es mag für die Partei zwar betrüblich sein, zu erfahren, daß der "alte Adam" auch im Norden nach so vielen Jahren Revolution noch lange nicht dem "Neuen Menschen" Platz gemacht hat. Ebenso wie in China aber scheint man angesichts der bisher so schmerzlichen Rückschläge langsam der Erkenntnis nachzugeben, daß "die Wahrheit in den Tatsachen liegt".

d) "Verzonungsarbeit" und NÖZ

Bessere Landwirtschaftsergebnisse hängen freilich nicht nur von der neuen Genossenschaftsverwaltung mittels Kontraktssystem ab, sondern, wie immer wieder betont wird, auch von der richtigen Auslegung von Wirtschaftszonen (R.Hanoi in SWB, 21.9.81). Bei einer Konferenz des Zentralaussschusses für die Schaffung von Wirtschaftszonen im Juni 1981 führte Politbüromitglied Vo Nguyen Giap aus, daß die "Verzonungsarbeit" im gesamt-nationalen Ausmaß in den Jahren 1981 und 1982 zum Abschluß gebracht werden müsse. Bis 1984 müsse ein Entwicklungsplan ausgearbeitet sein, dessen Realisierung dann 1986 anlaufen solle. Vor allem die Provinzen und Kreise müßten die Zonen unter Berücksichtigung praktischer Gesichtspunkte festlegen. Hierbei seien auch Industriezentren mitzuplanen (R.Hanoi in SWB, 24.6.81).

Die Neuen Ökonomischen Zonen (NÖZ) freilich sind inzwischen für alle Vietnamesen zu einem Schreckgespenst geworden. RMRB (3.9.81) versinnbildlicht dies in einem nachdenklich stimmenden Witz, der angeblich in Vietnam zur Zeit kursiere: Drei Generäle, ein Amerikaner, ein Russe und ein Vietnameser, fahren in einem Jeep auf einer vietnamesischen Landstraße, werden dort aber plötzlich von einer Büffelherde am Weiterfahren gehindert. Der Amerikaner wird wütend und droht den Büffeln mit einem B-52-Angriff, den keines der Rinder allerdings ernst zu nehmen scheint. Der sowjetische General droht mit Panzern - ebenfalls ohne Erfolg. Schließlich flüstert der Vietnameser einigen der Büffel ein paar Bemerkungen zu, die daraufhin in wilder Flucht auseinanderstieben. Die beiden Ausländer sind höchst erstaunt und wollen hinter das Geheimnis kommen. Der Vietnameser antwortet in aller Ruhe, daß er mit Verschickung in die NÖZ gedroht habe.

In den NÖZ arbeiten zum Teil frühere Soldaten und Angestellte des Thieu-Regimes, in neuerer Zeit aber auch Jugendliche, die aus den Städten entsandt werden. So hielt z.B. am 4. August die städtische Ho-Chi-Minh-KJL-Filiale eine Zeremonie ab, bei der 200 "junge Freiwillige" verabschiedet wurden, ehe sie in die Lam-Dong-Provinz zogen, um am Aufbau der dortigen NÖZ mitzuhelfen. Es handle sich hier um die erste Abteilung von über 300 KJL-Mitgliedern, die kürzlich aus vier Vororten der Hauptstadt ausgesucht worden seien (R.Hanoi in SWB, 20.8.81).

Nicht nur über das organisatorische Medium der Massenorganisationen, sondern auch aufgrund von "Wettbewerbskampagnen"

werden "Freiwillige" ermittelt. Eine solche Kampagne lief z.B. im August und September 1981 in Ho-Chi-Minh-Stadt an (R.Hanoi in SWB, 20.8.81 und 12.9.81).

e) Probleme mit der Außenwirtschaft

1981 sollen die Außenhandelsschulden Vietnams auf 240 Mio.\$ ansteigen (=+57% gegenüber 1980; +34% gegenüber 1979) und dies, obwohl der Außenhandel mit westlichen Ländern inzwischen noch weiter zurückgegangen ist. Die Devisenreserven sind angeblich auf 80 Mio.\$ zusammengeschrumpft, nachdem sie 1976 noch bei 200 Mio.US\$ lagen.

In den fünf Jahren zwischen 1976 und 1981 soll Vietnam ungefähr 1,5 Mrd.US\$ von westlichen Ländern auf Kreditbasis erhalten haben, und zwar von Schweden, das pro Jahr etwa 100 Mio.US\$ stellt, von Norwegen, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden. Westdeutsche Firmen haben nahe Hanoi eine Baumwollspinnerei aufgebaut. Japan und Australien haben demgegenüber ihre Kredite eingefroren, nachdem Vietnam in Kambodscha einmarschiert war.

Aus Ländern der Dritten Welt soll Vietnam seit 1976 insgesamt 1 Mrd.US\$ erhalten haben, nämlich von Algerien, Irak, Kuwait und Libyen sowie - Nahrungsmittel - aus Indien. Die Ölländer haben das Geld vor allem für Ölkäufe zur Verfügung gestellt.

Außerdem hat Vietnam seit 1976 rund 600 Mio.US\$ an multilateraler Hilfe erhalten, nämlich vom World Food Programme (163), von UNICEF (125), von der Weltbank (60), von der Asian Development Bank (39), vom UN High Commissioner for Refugees (35), vom International Monetary Fund (70), von der World Health Organization (22), vom Internationalen Roten Kreuz (30) und vom UN Development Programme (118) (Angaben in Malaysia Business Times, 14.8.81). Im übrigen aber kommt der Löwenanteil der Gelder heute aus den COMECON-Ländern. Die Sowjetunion soll täglich zwischen 3 und 6 Mio.US\$ zuschießen (6 Mio.\$ = RMRB, 3.9.81).

Der Außenhandel belastet wiederum den einzelnen Familienhaushalt. 1981 hätten sich die Preise für Importgüter aus den COMECON-Ländern verdoppelt, ja z.T. verdreifacht (XNA, 4.9.81).

Um aus der einseitigen Anlehnung an die Sowjetunion herauszukommen, prüft die vietnamesische Regierung gegenwärtig Vorschläge britischer, australischer und norwegischer Interessenten zur Teilnahme an der Erdölexploration. Zwar haben die sowjetischen Partner gerade mit den Bohrungen in zwei Gebieten vor Vung Tao (an der Mekong-Mündung) begonnen, doch sollen in Zukunft noch andere Länder, u.a. Japan, an der Prospektierung beteiligt werden.

B. Kambodscha

I. Das Demokratische Kampuchea (DK)

1. Das Dreiertreffen in Singapur: Das DK einigt sich mit Sihanouk und Son Sann auf ein Vier-Punkte-Abkommen. Formiert sich der gemeinsame Widerstand gegen Vietnam?

Obwohl Sihanouk und Son Sann immer wieder betont hatten, daß sie niemals mit den Khmers Rouges zusammenarbeiten wollten, war es doch bereits im März 1981 zu einem Treffen zwischen Sihanouk und Khieu Samphan im nordkoreanischen Pyongyang gekommen (Einzelheiten dazu C.a., März 1981, S.206). Außer-

dem traf Khieu Samphan - ebenfalls im Jahre 1981 - dreimal mit dem früheren kambodschanischen Premierminister Son Sann zusammen. Sihanouk und Son Sann schließlich traten miteinander Anfang August 1981 in Frankreich in Verhandlungen ein. Beide sahen sich einer geschlossenen Front Chinas, der USA, der ASEAN-, ja, sogar der meisten europäischen Staaten gegenüber und mußten - ohne "Begeisterung und Freude" schließlich nolens volens auf die DK-Linie einschwenken.

Mit Hilfe der Regierungen der drei ASEAN-Staaten gelang es, die drei Parteien vom 2.-4.September 1981 nach Singapur einzuladen, wo es am 4.September zur Unterzeichnung eines Vier-Punkte-Kommuniqués kam, das folgenden Wortlaut hat: Die drei Parteien wollen

1. eine Koalitionsregierung des Demokratischen Kambodscha bilden, um mit allen Mitteln den Kampf für die Befreiung Kambodschas von den vietnamesischen Angreifern fortzusetzen,
2. ein Ad-hoc-Komitee einrichten, das die Prinzipien und die Formen erarbeiten soll, mit denen sich die oben erwähnte Koalitionsregierung und ihre Ziele verwirklichen lassen.
3. Sie unterstützen in vollem Umfang die Erklärungen und die Resolution der Internationalen Kambodscha-Konferenz und anderer einschlägiger UNO- Generalversammlungsbeschlüssen über Kambodscha.
4. Sie appellieren an alle friedliebenden Nationen der Welt, die Erklärung und die Resolution der Internationalen Kambodscha-Konferenz und anderer einschlägiger UNO-Generalversammlungsbeschlüsse über Kambodscha voll zu unterstützen.

Es wird vereinbart, daß die antivietnamesischen Kräfte Zusammenstöße untereinander vermeiden. Die drei Parteien sind übereingekommen, für die Dauer des Abkommens ihre Meinungsverschiedenheiten nicht mehr öffentlich auszutragen" (Wortlaut in XNA, 5.9.81, und Telex des Botschafters der Republik Singapur vom 4.9.81). Es gilt also, das (wenige) Gemeinsame herauszustellen und die Differenzen durch Konsultationen zu lösen. Dies ist der kleinste gemeinsame Nenner.

Am 6.September trafen sich die drei Parteien noch einmal, um über ein Datum sowie über Modalitäten des vereinbarten Ad-hoc-Ausschusses zu sprechen, auf dem sobald wie möglich eine gemeinsame Widerstandsregierung gebildet werden soll. (XNA, 8.9.81). Gleich nach dieser Unterredung verließ Khieu Samphan - "abrupt", wie es in Pressemeldungen hieß (IHT, 7.9.81) - Singapur. Angeblich will Norodom Sihanouk den früheren Premierminister In Tam und zwei andere Repräsentanten, Son Sann seine Mitarbeiter Hing Kunthon und ebenfalls weitere Vertreter in das Ad-hoc-Komitee entsenden (XNA, 7.9.81).

Im Anschluß an diese Abmachungen gaben die drei Parteien eine gemeinsame Pressekonferenz. Sihanouk wies hierbei darauf hin, daß die drei Seiten fortführen, ihre getrennten militärischen Organisationen beizubehalten, daß aber ein gemeinsamer Generalstab und ein gemeinsamer Militärrat aus Vertretern der drei Militärorganisationen gebildet werden soll, deren Aufgabe es zu sein habe, den antivietnamesischen Widerstand zu koordinieren (XNA, 5.9.81).

Eindeutig ist das Bekenntnis zur UNO-Kambodschapolitik sowie vor allem zu den Ergebnissen der Internationalen Konferenz über die Kambodschafrage, die in New York vom 13.- 17.Juli 1981 stattgefunden hatte (Näheres dazu C.a., Juli 1981, S.450 ff.).

Was hingegen die gemeinsame Koalitionsregierung angeht, so wurde in Singapur lediglich eine Absichtserklärung der

drei Seiten abgegeben. Das Ad-hoc-Komitee ist nicht mehr als ein technischer Rahmen für die mögliche Schaffung künftiger gemeinsamer Institutionen.

Als besonders kompromißlos gab sich bei der Konferenz Son Sann, der für die Koalitionsregierung drei Vorbedingungen stellte: Er reklamiert für seine Partei alle wichtigen Ministerposten und verlangt außerdem das Amt des Premierministers für sich selbst, während er Sihanouk allenfalls das Amt eines nominellen Staatsoberhauptes überlassen will. Außerdem sollen die Truppen der Khmers Rouges dem Oberbefehl seines General Dien Del unterstellt werden. Zweitens soll seine KP/NLF ausreichende Auslandshilfe bekommen, um sicherzustellen, daß sie etwa ebenso stark sei wie die Koalitionspartner, und schließlich verlangt er, daß die - nicht näher genannten - Führer der Khmers Rouges, die sich während der Jahre 1975 - 1978 durch besondere Grausamkeiten hervorgetan haben, ins Exil gehen. Son Sann, der nach eigenen Angaben über rd. 9.000 bewaffnete Kämpfer verfügt (AFP in SWB, 7.9.81) - in Wirklichkeit sind es wahrscheinlich nur 3.000 entlang der kambodschanisch-thailändischen Grenze verteilte Guerilleros - will m.a.W. den DK-Streitkräften mit ihren 30-40.000 Mann ebenbürtig werden. Oberdies soll sichergestellt werden, daß die Khmers Rouges nicht noch einmal die Regierung in Kambodscha übernehmen. XNA (7.9.81) kleidet diese drei Forderungen in folgende Worte: Die KP/NLF wolle allen Ernstes "die Koalitionsregierung führen, alle ihre Schlüsselministerien kontrollieren und verlangt, daß gewisse Hauptführer der DK-Regierung ein 'Opfer' bringen und Kampuchea verlassen".

Khieu Samphan hat diesen Vorstellungen zwar nicht in aller Öffentlichkeit widersprochen, doch stellte Radio DK in einer Sendung vom 12. September gewisse "falsche Berichte", nach denen Son Sann z.B. zum Premierminister einer künftigen Koalitionsregierung ernannt oder aber als DK-Beauftragter zur UNO entsandt werde, richtig. Am 4. September sei lediglich ein Vier-Punkte-Abkommen zustande gekommen - nichts mehr. Leider hätten die beiden anderen Parteien in Singapur ständig Pressekonferenzen gegeben und dabei die DK-Seite angegriffen. Ein solches Verhalten widerspreche nicht nur dem Geist, sondern auch dem Wortlaut der Vereinbarung von Singapur (SWB, 14.9.81). In der Tat hatten sowohl Son Sann als auch Sihanouk in Pressekonferenzen unfreundliche Aussagen über ihren Partner im kambodschanischen Dschungel gemacht. Sihanouk bezweifelte z.B., daß die Khmers Rouges je ihre "rote Farbe" wechseln würden. Außerdem wies er darauf hin, daß er das Kommuniké nur unterzeichnet habe, weil er sonst keine Hilfe von China erhalte und weil er vielleicht am Ende gar noch als provietnamesischer Verräter hingestellt würde (XNA, 8.9.81).

Während China auf eine reine Kampflösung in Kambodscha hofft, vertraut Sihanouk auf einen "ehrenhaften Kompromiß". Der Kampf sei einstweilen nötig, um die Vietnamesen langfristig an den Verhandlungstisch zu bringen. Außerdem werde sich das Kambodscha-Problem auf die Dauer als internationales Problem erweisen, an dessen Lösung eigentlich auch die Supermächte interessiert sein sollten (XNA, 8.9.81). Die chinesische Führung habe erklärt, er müsse einen Krieg akzeptieren, der 10 bis 20 Jahre dauern werde. Ein solcher Krieg sei jedoch nicht zu gewinnen. Kompromiß und nochmals Kompromiß laute die Lösung. Nur so könne Kambodscha wieder zu einer "Schweiz Asiens" werden (AFP in SWB, 7.9.81).

Hier scheint Sihanouk nicht nur mit den Chinesen, sondern auch mit Khieu Samphan auf Kollisionskurs zu liegen. Bei der Pressekonferenz in Singapur am 5. September hatte sich Khieu Samphan auf ein paar Bemerkungen zur Situation auf dem

Schlachtfeld beschränkt: Dort habe der vietnamesische Aggressor inzwischen die Initiative verloren. Der schweigsame Khieu Samphan wollte mit solchen sparsamen, doch gerade deshalb so wirkungsvollen Hinweisen deutlich machen, daß die DK-Truppen die eigentliche Kampfarbeit leisteten, während sich seine Partner letztlich ja doch nur auf schöne Reden beschränkten und unrealistische Forderungen stellten.

Alle drei Parteien waren sich offensichtlich darüber einig, daß in Singapur nur der erste Schritt auf einem Marsch von 10.000 Meilen getan war. Die sowjetische und vietnamesische Presse hält von dem Dreier-Abkommen sowieso nichts. Hanoi bezeichnete es als eine "neue Farce" (R.Hanoi in SWB, 7.9.81) und als "Zwangsehe" auf Befehl Pekings und Washingtons (R.Hanoi in SWB, 11.9.81). Die Iswestja nennt die Verhandlungspartner schlicht "Emigrantenabschaum" (zit. in XNA, 8.9.81).

Selbst wenn das Vierpunkte-Abkommen des "kleinen Gipfels" kurzfristig keine Koalitionsregierung zeitigt, so sind doch zwei nicht unbedeutende Nebenwirkungen erreicht worden: Die USA dürften sich - neben Beijing - ermutigt sehen, Waffen an eine Widerstandsbewegung zu liefern, die nicht mehr allein unter kommunistischen Vorzeichen steht. Ferner dürfte die Führung in Hanoi nachdenklicher werden: Sie ist nicht nur einer internationalen Isolierung ausgesetzt und leidet wirtschaftlich, sondern hat es neuerdings sogar mit einer mehr oder weniger einheitlichen gegnerischen Front zu tun, die durch ihr Vorbild auch in Laos Schule machen könnte.

2. Zur Kriegslage: Die USA legen Beweisdokumente über chemische Kriegsführung in Indochina vor

Mitte September trat das Außenministerium in Washington mit Dokumenten an die Öffentlichkeit, die untermauern sollen, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten, nämlich die Regierungen von Laos und Vietnam, in den letzten Jahren biologische Waffen gegen Aufständische in Laos und Kambodscha eingesetzt haben. Es handle sich um drei gefährliche Giftstoffe, die aus Getreideschimmel (Hirse oder Weizen) gewonnen und in Massen - als braungelbes Pulver - synthetisch hergestellt werden. Diese Mykotoxine würden von Vietnam und Laos mit sowjetischer Unterstützung gegen zivile Siedlungen in Laos (und zwar hier besonders gegen den Volksstamm der Meo - und gegen das DK in Kambodscha) eingesetzt. Schimmeligifte kämen ursprünglich im tropischen Klima Südostasiens nicht vor, seien jedoch um so häufiger in kälteren Klimazonen anzutreffen, so in der Sowjetunion, wo seit mindestens 50 Jahren in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder Krankheits- und Vergiftungserscheinungen, verursacht durch Getreideschimmelerreger, abgehandelt würden.

Flüchtlingshinweise auf "gelben Regen", der von Flugzeugen ausgegossen worden sei und die Überprüfung zahlloser Krankheitsgeschichten von Laoten und Kambodschanern, die seit 1976 nach Thailand fliehen (verbrennungsähnliche Hautausschläge, Verfärbungen, unaufhaltsames Erbrechen und innere Blutungen), nicht zuletzt aber auch Pflanzenproben hätten deutlich gemacht, daß drei Gifte (Trichothezin Toxikum = T2, Nivalenol und Deoxyvalenol), die in Südostasien ursprünglich nicht anzutreffen waren, heute in abnorm hohen Mengen zu entdecken seien (Wiedergaben der Aussage durch den amerikanischen Staatssekretär Walter Stoessel in Die Welt, 16.9.81). Ein Oberläufer der vietnamesischen Armee, Hauptman Nguyen Quann, gab in einem Interview zu, daß Sowjetspezialisten sog. "CH"-Gase mit 130 mm-Kanonen gegen Zivilisten und Guerillas der Khmers Rouges abgefeuert hätten. Bei zwei Angriffen seien jeweils 700 bzw. 400 solcher Granaten abge-

schossen worden. Die Granaten hätten Personen innerhalb eines Bereiches von etwa 10m sofort getötet (CSM, 27.7.81). Schon seit Monaten hatten laotischen und kambodschanische Flüchtlinge davon gesprochen, daß vor allem Bäche und Wasserstellen, aber auch Reisvorräte vergiftet worden seien. Solche Vergiftungsaktionen seien vor allem mit Hilfe von Hubschraubern durchgeführt worden.

Gemäß einem internationalen Vertrag von 1975 dürfen biologische Waffen weder gelagert noch eingesetzt werden. Sowohl die Sowjetunion als auch Hanoi registierten scharf auf diese amerikanischen Anschuldigungen (Radio Hanoi in SWB, 17.9.81). SPK, die VRK-Nachrichtenagentur, erinnerte an die B 52-Bombardements während des Zweiten Indochina-Krieges. Hätten ausgerechnet die USA das Recht, solche Anschuldigungen zu erheben! (SWB, 17.9.81)

In der thailändischen Presse, vor allem aber in der Thai-Armee gilt es als ausgemacht, daß von Vietnamesen biologische und chemische Waffen verwendet werden. Die thailändischen Truppen hätten sogar mit Gasmasken ausgerüstet werden müssen (Bangkok "Nation Review" in SWB, 17.9.81 und XNA, 28.8.81). Dazu habe die thailändische Regierung ein Zusatzbudget von 20.000 Mio. Baht bereitstellen müssen. Auch vietnamesische Truppen in West-Kambodscha seien inzwischen übrigens mit Gasmasken ausgerüstet worden (Bangkok Post in SWB, 31.8.81). Nach Xinhua (XNA, 21.8.81) haben die vietnamesischen Truppen Mitte August "große Mengen von chemischen Waffen von Phnom Penh nach Battambang in West-Kambodscha verlegt", wo sie gegen die DK-Kräfte eingesetzt werden sollen.

3. Innenpolitik

Die DK-Führung sucht inzwischen die Vergangenheit vergessen zu machen. Sie hat bereits - formell - dem Sozialismus und dem Kommunismus abgeschworen und spricht von der Wiedereinführung der Bürgerrechte, von Privateigentum und freier Wirtschaft. Zugelassen sind wieder die individuellen Haushalte, die sogar ihre Überschußproduktion frei verkaufen dürfen. Geschürt wird der Haß auf die "Yuan", die Vietnamesen, denen Kriegsführung mit biologischen und chemischen Waffen, ferner die Beschlagnahme von Nahrungsmitteln, die Verseuchung von Brunnen und andere Terrorakte nachgesagt werden. Kurzum, die DK-Regierung läßt nichts unversucht, um ihre eigene Vergangenheit vergessen zu lassen und anti-vietnamesische Kampfbereitschaft zu wecken.

Am 6. Juli 1981 erging sogar ein Gesetz, das die Tötung von kambodschanischen Staatsangehörigen verbietet und aus 7 Paragraphen besteht. In der Präambel heißt es, das die "vietnamesischen Behörden unter Le Duan bisher bereits 2,5 Mio. Kambodschaner massakriert" haben. Im Interesse des Wohles des kambodschanischen Volkes müsse deshalb ein Gesetz erlassen werden. Wer eine Handlung begehe, die "für das Leben eines kambodschanischen Mitbürgers von Nachteil ist" wird mit Gefängnis zwischen 10 Jahren und lebenslanglich bestraft. Bekleidet der Täter eine Kaderposition, so wirke dies strafverschärfend. Eine Drei-Mann-Justizkommission habe für die Einhaltung dieser Bestimmungen zu sorgen. Jeder Angeklagte hat das Recht auf Verteidigung vor Gericht. Bezeichnenderweise wird nach diesem von Khieu Samphan am 24. Juli 1981 ausgefertigten Gesetz keine Todesstrafe verhängt - auch nicht gegen Mörder. Die DK-Führung weiß, was sie ihrem neuen Ruf schuldig ist (SWB, 30.7.81).

4. Die DK-Regierung atmet auf: Der UNO-Sitz blieb erhalten

Am 18. September bestätigte die 36. UNO-Generalversammlung zum dritten Mal, daß der Kambodscha-Sitz in der UNO dem DK als der einzigen legalen und legitimen Vertreterin Kambodschas zustehe. Das Stimmenverhältnis lautete 79:36. Damit hat die DK-Regierung acht Stimmen mehr als bei der 34. Generalversammlung und fünf Stimmen mehr als bei der 35. Generalversammlung erhalten. Dieser "Sieg vom 18. September" wird von der DK-Regierung als "große Ermutigung des kambodschanischen Volkes, der DK-Armee und der Guerilla-Streitkräfte im Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Annexionisten und Rassenvernichter" gefeiert (R.DK in SWB, 22.9.81).

Vietnam hatte versucht, beim Credential Committee das Beglaubigungsschreiben für die DK-Delegation anzufechten. Dieser Antrag wurde aber, wie gesagt, mit 79:36 Stimmen bei 36 Enthaltungen niedergestimmt. China begrüßte dies als einen "Sieg für die Gerechtigkeit" (XNA, 20.9.81). Vietnam und VRK andererseits sprechen von einer fortdauernden "illegalen Präsenz des DK-Gespenstes in der UNO (VNA und RPP in SWB, 21.9.81).

II. Die VR Kampuchea (VRK)

1. Außenpolitik

a) Indien

Während des Berichtszeitraums stand der Besuch des VRK-Außenministers Hun Sen in Indien im Mittelpunkt. Hun Sen wurde u.a. von Indira Gandhi empfangen. Es kam zu Gesprächen über bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. (Kommunique in IS in SWB, 3.9.81). Indien zeigt sich darüber besorgt, daß Kambodscha in die Konfrontation zwischen den Großmächten verwickelt sei. Die Kambodscha-Frage müsse jedoch mit Hilfe eines geduligen Dialogs zwischen den Ländern der Region gelöst werden. Was damit konkret gemeint ist, wurde bei einem Interview Hun Sens mit AFP deutlich: Phnom Penh wünsche die Abhaltung zweier Konferenzen, nämlich einer Regionalkonferenz, an der die drei Indochina- und die ASEAN-Staaten beteiligt sein sollen und bei der normale Beziehungen zwischen beiden Gruppen herzustellen seien, woraufhin die Khmers Rouges - die Son Sann- und die Sihanouk-Gruppen entworfen werden könnten. Anschließend solle eine zweite, diesmal internationale Konferenz stattfinden, deren Hauptzweck es zu sein habe, internationale Garantien für die bei der Regionalkonferenz erreichten Ergebnisse einzuwerben (SWB, 29.8.81). Es handelt sich hier m.a.W. um den alten, bereits seit Monaten von Hanoi vorgeschlagenen Plan, der längst von den ASEAN-Ländern und von China abgelehnt und durch die Internationale Kambodscha-Konferenz inzwischen konterkariert wurde.

b) DDR

Im Berichtszeitraum kam es auch zu mehreren Abkommen zwischen der VRK und der DDR, u.a. über die Ausbildung von kambodschanischen Studenten (Abkommen vom 4.8.81) und über wirtschaftliche Zusammenarbeit (Abkommen vom 12.8.81) sowie über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunkwesens (25.8.81).

c) Thailand

Immer länger wird die Liste der angeblichen Grenzverletzungen durch Thailand. In einer SPK-Zusammenstellung ist die Rede von Verletzungen des Luftraums, der See- und der Landgrenzen. Aufgezählt werden zahlreiche Geschützeinschläge von jenseits der Grenzen (SPK in SWB, 10.8.81).

2. Innenpolitik: Die Rolle der Vietnamesen nach Gründung der neuen VRK-Staatsorgane

Als die vietnamesischen Truppen im Januar 1979 Kambodscha überrollt hatten, fanden sie ein Land vor, das wirtschaftlich, technologisch und psychologisch am Ende schien. Die Städte waren entvölkert, die Infrastruktur zusammengebrochen und das Expertentum praktisch liquidiert. Nolens volens mußten die Vietnamesen in dieser Situation auch einfachste Aufbauleistungen selbst in die Hand nehmen.

Zweieinhalb Jahre nach der Stunde Null hat sich das Bild jedoch geändert. Inzwischen besitzt die VRK neue Staatsorgane (C.a., Juli 1981, S.458 ff.), hat sich wieder einen Stamm von Fachleuten zugelegt, die in Schnellkursen ausgebildet wurden, und hat vor allem sein Schulwesen weitgehend wieder aufgebaut, in dem der Nachwuchs nun einigermaßen systematisch ausgebildet werden kann.

Welche Rolle verbleibt da noch den in der ersten Stunde so unentbehrlichen vietnamesischen Beratern? Die Vietnamesen mögen sich diese Frage auch schon gestellt haben, schieben ihre Beantwortung jedoch auf die lange Bank und sind einseitig geblieben: In jedem Ministerium ist ein vietnamesisches Beraterteam angesiedelt, das wiederum von einem vietnamesischen Vizeminister oder stellvertretenden Direktor angeführt wird. Vietnamesische Massenorganisationen, wie die Frauenunion, die Intellektuellenvereinigungen oder die Gewerkschaften entsenden Berater zu ihren kambodschanischen Zwillingsorganisationen - oder aber unterhalten doch regelmäßigen Kontakt durch permanenten Delegationsaustausch.

Vietnamesische Beratergruppen sitzen sogar in den Provinzregierungen und leisten dort nicht nur Führungs- sondern auch praktische Arbeit, z.B. auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft, der Sicherheit und nicht zuletzt im Militärbereich. Ein spezifisch personalistischer Zug, der an alte konfuzianische Traditionen erinnert, kommt dadurch zum Tragen, daß vietnamesische Provinzen Patenschaften für kambodschanische Provinzen übernehmen und sie auf medizinischem, straßenbauerischem und militärischem Gebiet unterstützen. Während Tausende von vietnamesischen Beratern in Kambodscha fungieren, unterzieht sich eine nicht geringere Zahl von Kambodschanern Ausbildungskursen in Vietnam (so ein CSM-Bericht aus Phnom Penh, 24.8.81).

Bei ausländischen Beobachtern taucht immer wieder die Frage auf, ob die vietnamesischen Berater nur Ratschläge erteilen oder ob sie in Wirklichkeit nicht das Land regieren. Die Grenzen sind hier oft fließend. Ein Kambodschaner meint: "Sie geben uns Hinweise, die wir manchmal auch befolgen". Mancher Vietnameser scheint die Grenzen seiner Position bereits erkannt zu haben: "Es ist eine undankbare Aufgabe hier. Läuft etwas gut, so wird es den Kambodschanern gutgeschrieben, geht etwas daneben, wird es uns angelastet". Vietnam weiß, daß Umwandlungsprozesse in Kambodscha höchst langwierig sind. Seit Jahrhunderten ist dem Durchschnittskambodschaner die antivietnamesische Einstellung zur zweiten Natur geworden. Wie könne man da erwarten, daß solche Grundhaltungen innerhalb einer einzigen Generation verschwinden!?

Manchmal werden Vietnamesen zurückgezogen, wo sie durch gleichwertige kambodschanische Kräfte ersetzt werden können; doch versuchen sie dann schnell, an anderer Stelle einen Berater nachzuschieben, der die Balance hält.

Nicht unwillkommen erscheint es manchen VRK-Führern übrigens, daß die Sowjetunion neuerdings stärkeren Einfluß zu

gewinnen versucht und im Zuge dieser Bemühungen Wirtschafts- und Militärhilfe leistet. Manche Beobachter stellen bereits Spekulationen darüber an, ob Hanoi und Moskau in Phnom Penh nicht bereits um Einfluß kämpfen - eine Mutmaßung, die von den Vietnamesen offiziell mit der Bemerkung heruntergespielt wird, daß es ja sie seien, die sich um verstärkte Hilfeleistung der Sowjets in Kambodscha bemühten. Dazu zwängen wirtschaftliche Überlegungen: Immerhin habe Hanoi 1979 und 1980 an die VRK Hilfe in Höhe von 180 Mio. US\$ geleistet und wolle auch 1981 noch 70 Mio. beisteuern: nicht gerade eine leichte Aufgabe für ein von Wirtschaftssorgen geplagtes Land!

Die offensichtlich schnellsten Fortschritte bei dem Bemühen, vietnamesische durch kambodschanische Kräfte zu ersetzen, werden gegenwärtig im Militärbereich erzielt. Die Streitkräfte seien seit dem 7. Januar 1979 ständig an Stärke gewachsen (Radio P.P. in SWB, 27.7.81). Laufend werden neue Einheiten gegründet. In einem Bericht von Radio P.P. (SWB, 28.4.81) z.B. heißt es, daß die erste Infanteriebrigade, die aus den "besten Söhnen und Töchtern des kambodschanischen Volkes" bestehe, anlässlich ihres Gründungstages am 22. April 1981 zur 196. Infanteriedivision aufgewertet worden sei. Die Einheit habe nicht nur zu kämpfen und an der "Produktionsbewegung" teilzunehmen, sondern überdies Politarbeit zu leisten und vor allem zu versuchen, Feinde durch Propaganda für die eigene Sache zu gewinnen. Angeblich kommt es immer wieder zur Fahnenflucht aus den Reihen der "Pol-Pot-Überreste" (Radio P.P. in SWB, 9.9.81). Umgekehrt spricht die DK-Propaganda von Unzufriedenheit und Gehorsamsverweigerung in der VRK-Armee (zit. in SWB, 27.8.81). Drei Kategorien machen die Streitkräfte der VRK aus, nämlich die regulären Truppen, die lokalen Truppen und die Miliz (Radio P.P. in SWB, 23.3.81).

Schwierigkeiten bereitet offensichtlich der Nachschub. Am 14. Februar 1981 fand der erste Logistik-Kongreß statt. Nach den dort abgegebenen Berichten soll inzwischen das Versorgungsnetzwerk zwischen den Hauptbindungspunkten aufgebaut und mit Funktionären besetzt worden sein. Die Kleiderkammer habe inzwischen alle Einheiten uniformieren können. Es seien auch bereits Einheiten für den Feldbau und für die Fischerei aufgestellt worden (Radio P.P. in SWB, 23.2.81). Die VRK-Armee soll sich m.a.W. aus den lokalen Quellen versorgen.